

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Noch keine Einigung in Genf.

Fromageot sucht eine neue Formel.

V. Sch. Genf, 31. August, 1/2 2 Uhr nachmittags. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterkommission der Studienkommission hat über drei Stunden hinter verschlossenen Türen gelagt. Die Diskussion war sehr lebhaft und führte zu dem Beschluß, die Änderungsanträge Fromageots nochmals zu ändern. Eine Einigung ist zwar noch nicht erzielt, doch hofft man, daß sie in einer neuen Sitzung am Nachmittag erreicht werden wird. Fromageot ist beauftragt, eine neue Formel zu finden. Insbesondere sollen die Uebergangsbestimmungen abgeändert werden. Das Ausschließen dreier Ratsmitglieder soll in den ersten Jahren nicht mehr durch das Cos, sondern in einer anderen Art geschehen. Dagegen soll ausnahmsweise in diesem Jahre die Wiederwählbarkeitserklärung dreier Mitglieder schon jetzt durch Abstimmung der Vollversammlung erfolgen.

Großes Aufsehen erregte heute morgen in Genf die offizielle spanische Erklärung, in der der Wunsch Spaniens zum erstenmal offiziell zugegeben wird, die Tangerfrage mit der Frage des Ratslisses zu verquicken. Vor allem wirkte der Schlussatz sensationell, wonach Spanien bereit sei, das Opfer zu bringen, im Völkerbund zu bleiben. Es stellte sich aber bald heraus, daß der in Paris verbreitete Text lediglich davon spreche, daß Spanien gebeten werde, das Opfer zu bringen, im Völkerbund zu bleiben, und daß der in der Schweizer Presse verbreitete Wortlaut offenbar auf einen Hörfehler bei der Uebersetzung zurückzuführen ist.

Nach dem ersten Sitzungstag.

Genf, 31. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Schluß des ersten Verhandlungstages der Studienkommission wurde die Situation in Genf in offiziellen Kreisen allgemein dahin gekennzeichnet, daß der Änderungsantrag Fromageot oder besser der deutsch-

französisch-englische Vorschlag nach einer kurzen Erörterung im Unterausschuß ohne wesentliche Änderungen Annahme finden wird. Praktisch bedeutet die Bezeichnung „wiederwählbare Ratsmitglieder“ nicht sehr viel, weil die Völkerbundsversammlung bei jeder Wahl selbst bestimmt, wen sie in den Rat delegieren will.

Es ist auffällig, daß sich der spanische Vertreter am Montag nachmittag äußerst zurückhaltend verhielt, und man hat hier mehr und mehr den Eindruck, daß es der spanischen Regierung mit der angedrohten Kündigung der Mitgliedschaft ernst ist, wenn sie den ständigen Ratsliss nicht erhält oder ihr in der Tangerfrage Zugeständnisse nicht gemacht werden sollten. Die englische und die französische Delegation betonen in diesem Zusammenhang mit Nachdruck, daß die Ratsfrage mit Tanger nichts zu tun hat. Die englische Delegation soll angewiesen sein, sich in feinerer Besprechung über Tanger einzulassen.

Der Genfer Friedenskongreß.

Feierliche Eröffnung.

Genf, 31. August. (W.B.) Der feierlichen Eröffnungssitzung des 25. Weltfriedenskongresses wohnten in der Vittoria Hall Vertreter der verschiedenen internationalen Verbände, welche in Genf ihren Sitz haben, Mitglieder des diplomatischen Korps und Delegierte der Kantonal- und Gemeindebehörden von Genf bei. Unter den Anwesenden befand sich u. a. Reichstagspräsident Löbbe. Ansprachen hielten der Präsident des Organisationskomitees des Kongresses, Louis Faure, der Genfer Staatsratspräsident Alexander Moriaud, der Rektor der Universität Genf und der Präsident der Union der Friedensgesellschaften, Lafontaine.

Die Labour Party und der Bergbaukampf.

Sie will Verhandlungen herbeiführen.

London, 31. August. (W.B.) Die Mitglieder der parlamentarischen Arbeiterpartei sind für heute vormittag zu einer Sitzung zusammenberufen worden, auf der, wie man sagt, Macdonald im Hinblick auf die gestrigen Vorgänge im Parlament auf die Notwendigkeit einer schärferen Parteidisziplin hinweisen und allgemeine Anweisungen für die folgende Unterhausdebatte geben wird. Gleichzeitig wird dabei die Streikfrage besprochen werden. Die Exekutivkommission der Bergarbeiter hat für Freitag eine Delegiertenkonferenz einberufen. Der „Daily Herald“ gibt zu, daß weitere Schritte der Arbeiterpartei unternommen werden müßten, um zu Verhandlungen zu kommen. Die bürgerliche Presse spricht von dem bevorstehenden Rückzug der Bergarbeiter, der sich nicht nur auf die Böhne, sondern auch auf eine große „Anpassungsfähigkeit“ der Arbeitsstunden erstrecken soll, etwa in der Weise, daß eine gesamte Arbeitszeit pro Woche festgesetzt wird, die dann ohne Rücksicht auf den Siebenstundentag je nach Bedürfnis auf die Wochentage verteilt werden kann.

Eine sonderbare Hilfe.

London, 31. August. (W.B.) „Daily News“ meldet: Eine Liste, die über 20 geladene Bomben, Zünder und Kartuschen enthielt, „die geeignet gewesen wären, das Parlament in die Luft zu sprengen“, ging dem Bureau des Hilfsausschusses für die Bergarbeiterfrauen und -kinder zu. Einem jungen Mädchen kam beim Öffnen der Inhalt verdächtig vor. Der herbeigerufene Sachverständige fand sofort, daß die Bomben geladen waren, und die Polizei verpackte den gefährlichen Inhalt der Kiste sofort ins Wasser. (Diese Meldung klingt sehr unwahrscheinlich.)

Primo und die Artillerie.

Der Konflikt dauert an.

Madrid, 31. August. (W.B.) Die Meldungen englischer Blätter, daß Unruhen ausgebrochen seien, werden amtlich dementiert, doch bestätigt sich, daß die Spannung zwischen Primo de Rivera und den Artillerieoffizieren bei weitem noch nicht beigelegt ist. Primo de Rivera hat jüngst eine Verordnung herausgegeben, nach der die Beförderung nicht mehr nach den Dienstjahren, sondern nach der Wahl der Regierung erfolgen soll. Die Artillerieoffiziersverbände haben gegen diese Verordnung protestiert und gedroht, sich mit Gewalt gegen die Anwendung dieser Verordnung aufzulehnen. Primo de Rivera hatte darauf einen Ministerrat einberufen, der über Sanktionen zu beschließen hatte. Es gelang dem König jedoch, die Anwendung dieser Sanktionen und die Lösung des Konfliktes auf später zu verschieben. König Alfonso hat die Absicht, eine Tagung des Parlaments einzuberufen, in welchem Falle zuerst Neuwahlen vorgenommen werden müßten. Das Parlament hätte lediglich über die Thronfolge zu beraten, da der älteste Sohn des Königs, Prinz von Asturien, so schwer erkrankt ist, daß er mit dem Leben kaum noch davonkommen dürfte. Der zweite Sohn ist taubstumm. Der König hätte es daher gerne gesehen, daß der dritte Sohn vom Parlament als Thronfolger eingesetzt wird.

Wahlfälschung-Studien.

Paris, 31. August. (W.B.) „Matin“ meldet aus San Sebastian, daß man durch eine Revision der Wahllisten Neuwahlen vorbereitet, aber Primo de Rivera habe die Art der Ab-

stimmung und die Befugnisse der Parliamentsversammlung noch nicht festgelegt. Die politischen Parteien glauben ihren Mitgliedern Wahlenthaltung empfehlen zu sollen und halten zu diesem Zweck gemeinsame Besprechungen über die Grundzüge einer unter Umständen zu erlassenden Kundgebung ab.

Die spanische Tangerforderung.

Immer lauter betont — je geringer die Genfer Aussichten sind.

Paris, 31. August. (Eigener Drahtbericht.) General Primo de Rivera hat der Madrider Presse erklärt, daß Spanien unter keinen Umständen die Internationalisierung von Tanger (die mit Tanger nach der gestrigen Erklärung Janguas gar nichts zu tun hat. Red. des B.) weiterbestehen lassen wolle. Selbst ein spanisches Vorkriegsregime würde zurückgewiesen werden, da eine internationale Verwaltung von Tanger unwirksam sei. Wenn die interessierten Mächte zustimmen würden, so würde sich Spanien damit zufrieden geben, eine spezielle Form eines Protektorats zu übernehmen. Auf diese Weise könnte man eine peinliche Lage beenden, denn niemand habe Interesse, aus Tanger einen Janfapfel der Völker zu machen.

Die Pariser Morgenpresse veröffentlicht neue Erklärungen des spanischen Außenministers Janguas, in denen er ausführt, daß, falls Spanien Tanger nicht erhalte, es das Risikogebiet nicht behaupten könne. Der gegenwärtige Augenblick sei außerordentlich gefährlich. Werde Spaniens gerechtfertigte Forderung nicht erfüllt, so würde Spanien gezwungen sein, aus dem Völkerbund auszutreten und es ablehnen, weiterhin an einem Protektorat über Marokko sich zu beteiligen. Wenn die öffentliche Meinung der Welt von den Kosten und Leiden, die die Behauptung des Protektorats in Marokko Spanien auferlegt hat, sich Rechenschaft geben wird, werde sie die spanische Forderung voll und ganz unterstützen können.

Mussolini will auch mitreden.

Rom, 31. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Ministerrat sagte Mussolini, daß Italien an einer Tanger-Konferenz teilzunehmen wünsche, und zwar entweder in seiner Eigenschaft als Unterzeichner des Paktes oder aber als große Mittelmeermacht.

Sieg der Kantonnarmee.

Rückzug Wupeifus.

Kanton, 31. August. (W.B.) Eine Mitteilung des Amtlichen Pressebüros besagt, der Generalissimo der Kantonnarmee, Tschingtschaisch habe telegraphisch, seine Truppen hätten am 26. August Wutschang erobert und am selben Abend Hankau besetzt. Das Telegramm fügt hinzu, daß bei der Nachricht des Anmarsches der Kantonnarmee in der Richtung Wutschang drei Divisionen der Armee Wupeifus Hankau räumten, nachdem sie die Eingeborenenbildung geplündert hätten.

Streikende beschlagnahmten Auslandstafel.

Szwatau, 31. August. (W.B.) Die Streikenden haben eine der British American Company gehörende Tabakfabrik beschlagnahmt. Der Zollkommissar erklärte den Streikenden, er würde sich genötigt fühlen, das Zollamt zu schließen und die Sache nach Peking zu bringen, wenn bis Mittag des 28. August die Ladung nicht zurückerstattet würde. Bis jetzt ist die Ladung noch nicht zurückgebracht worden.

Wo ist der Ausweg?

Der Bolschewismus in der Sackgasse.

Von R. Abramowitsch.

Die Vollversammlung der Russischen Kommunistischen Partei hat vor der ganzen Welt gezeigt, daß die Russische Kommunistische Partei, als einheitliche, geschlossene Macht, das Zeilische gesegnet und sich aus einer „stählernen Phalanx der Leninischen Kämpfer“ in ein Konglomerat der verschiedensten Gruppen und Richtungen verwandelt hat, die nicht nur alle Schattierungen der sozialistischen Weltanschauung — von der Rechten bis zu der äußersten Linken —, sondern auch die Ideologie und vor allem die Interessen der verschiedensten sozialen Kräfte und Klassen bis zu den kapitalistischen widerspiegeln.

Die Tragödie der Russischen Kommunistischen Partei und mit ihr der russischen Revolution besteht darin, daß keine einzige der kämpfenden Gruppen einen Faktor des geschichtlichen Fortschritts bildet, der imstande wäre, das Land aus der Sackgasse herauszuführen, in die es geraten ist. Wenn man selbst das Unvereinbare vereinigen und rein theoretisch versuchen würde, alle positiven Programme und Forderungen, die zurzeit von den beiden stärksten kommunistischen Fraktionen in Rußland aufgestellt werden, zu verbinden, so würde sich auch dann kein Programm ergeben, das eine Basis zur Ueberwindung der Krise bilden könnte, die in jeder Beziehung die Entwicklung des Landes hemmt. Zwecklos und von der Geschichte zum Mißlingen verurteilt sind alle positiven Projekte und Pläne der Stalin- wie der Trozki-Richtung. Denn weder die einen, noch die anderen können den Mut und die Kraft aufbringen, um die einzige wahre Ursache der Krise, die Diktatur der Russischen Kommunistischen Partei, zu überwinden.

Die Opposition fordert eine Aenderung der Taktik in bezug auf die Bauern (mit Ausnahme der ärmsten Schichten. Ihre Forderung läuft, im Grunde genommen, auf den Abbau der neuen Wirtschaftspolitik und auf die allmähliche Enteignung der Bauern mit Hilfe der Progressivsteuer und der hohen Preise für industrielle Erzeugnisse hinaus. Auf diesem Wege hofft sie einerseits einen Reservefonds für die Industrie zu bilden und andererseits die wirtschaftliche und politische Macht der aufstrebenden Bauern zu schmälern. Stalin und seine Theoretiker aus der „Bucharinischen Schule“ können mit Leichtigkeit das Absurde der von der Opposition vorgeschlagenen Politik nachweisen. Eine solche Enteignung der Bauern zugunsten der sozialisierten Industrie ist in Anbetracht des Kräfteverhältnisses und der zunehmenden Steigerung der Aktivität der Bauern in politischer Hinsicht unmöglich. Sie würde zur allgemeinen Unzufriedenheit und zur moralisch-politischen Empörung der Bauern gegen die Sowjetmacht führen. Abgesehen davon wäre eine solche Politik auch aus rein wirtschaftlichen Erwägungen sinnlos.

Die russische Landwirtschaft könnte nur dann das Kapital zur Verfügung stellen, von dem die Trozkiisten träumen, wenn man sie vorher oder gleichzeitig auf eine solche Höhe der modernen Technik und maschinellen Produktion stellen würde, zu deren Erreichung der Sowjetstaat seinerseits enorme Summen zu verwenden genötigt wäre. Andererseits würde der Sowjetstaat, durch die systematisch durchgeführte Enteignung und steuerliche Belastung der Bauern, die Landwirtschaft untergraben und der Industrie den Markt entziehen, ohne den ein Land- wie Rußland überhaupt nicht existieren könnte. Die Opposition fordert ferner die Erhöhung der Aktivität der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen Parteien im Ausland. Stalin und Bucharin, Andrejew und Tomski konnten mit Leichtigkeit nachweisen, daß die Sprengung der „Einheitsfront“ politisch weder für den Kommunismus in Rußland, noch für die Entwicklung des Kommunismus in Westeuropa positive Resultate zeitigen könne. Inzwischen sind viele Kommunisten längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Arbeiterbewegung in Europa jetzt eine viel revolutionärere Bedeutung haben würde, wenn die Kommunistische Internationale überhaupt nicht existiert hätte.

Wenn die „positiven“ Forderungen der Opposition sich als undurchführbar und sogar schädlich erweisen, so ist ihre Kritik des positiven Programms der Stalinischen Richtung um so schärfer und zutreffender. Stalin setzt alle seine Hoffnungen auf die „Industrialisierung“. Wie soll sich jedoch diese Industrialisierung vollziehen? Woher soll man das Kapital nehmen, das notwendig ist, um in Rußland in Wirklichkeit eine sozialistische Industrie zu schaffen, die in der Lage wäre, den sozialistischen Zusammenschluß mit dem kleinbäuerlichen Warenproduzenten zu sichern?

Stalin ist bestrebt, den „Status quo“ auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik aufrechtzuerhalten. Sieht er aber nicht die Sackgasse, in die Rußland geraten ist? Die Stalinische Wehrheit ist bestrebt, alle Geschehnisse vom Standpunkte des offiziellen Optimismus zu betrachten: alles wird sich schließlich zum Besten wenden! Die kleinbürgerliche Welke im Bauernstaate steigt jedoch immer höher: sie überstet die Deffentlichkeit und dringt in alle Poren des Sowjetapparates ein. Mit welcher Genauigkeit registriert die Opposition alle Anzeichen der fortschreitenden kleinbürgerlichen Angestaltung des Staatsapparates und der Regierungspartei! Mit welcher Schärfe enthüllt sie die Kurzsichtigkeit der Regierungspartei, die eine Vogel-Strauß-Politik treibt und bestrebt ist, sich und alle anderen zu betrogen, indem sie dreist behauptet, daß „alles in Ord-

nung" sei. Wie berechtigt sind die Angriffe der Opposition gegen das System der Unterdrückung jeglicher Kritik und Gedankenfreiheit, gegen die geistige Leere, die in der kommunistischen Partei herrscht, wie berechtigt ihre Hinweise darauf, daß unter solchen Verhältnissen eine revolutionäre Partei nie imstande sein werde, ihre geschichtlichen Aufgaben zu erfüllen. Wie richtig ist auch ihr Hinweis auf den zunehmenden Einfluß der nichtproletarischen Elemente im Sowjetstaate, der sich infolgedessen immer mehr von der Arbeiterklasse abwendet und alle Kräfte, die mit der „neuen Wirtschaftspolitik“ verbunden sind, auf ihre Schultern abwälzt.

Was kann die regierende Mehrheit auf die vernichtende Kritik der Opposition, die die traurige Wirklichkeit im gegenwärtigen Rußland aufdeckt, erwidern? Nichts und abermals nichts. Die Stalin-Gruppe kann den Hinweisen auf die objektiven Tendenzen nichts anderes gegenüberstellen, als revolutionäre Phrasologie und wirkungslose Hinweise auf die subjektiven Ziele der Sowjetherrschaft. Der von Stalin, Rykow und Kuibyschew unterzeichnete Aufruf war aber im Grunde genommen ein Verzweiflungsschrei und ein Zugeständnis, daß sie außerstande seien, mit dem Staatsapparat fertig zu werden und ihn nach ihrem Willen zu lenken. Der „gute Wille“ der Herrscher hat sich als ein leeres Wort erwiesen. Das Instrument der Diktatur wird den Händen der Diktatoren entrissen und in einen selbsttätigen Organismus verwandelt, der sich nach seinen eigenen inneren Gesetzen entwickelt. Können noch etwa Zweifel darüber bestehen, nach welcher Richtung diese Besetze (unter dem Einfluß der immer mehr erstarkenden Kleinbürgerlichen und kapitalistischen Elemente, die auf kein Gegengewicht in der Form eines organisierten Kampfes der werktätigen Massen stoßen) die Entwicklung des Staatsapparates und mit ihm auch der Diktatur selbst lenken werden? Stalin kann darauf keine Antwort geben. Er zieht eine leichtere Beschäftigung vor — die Zertrümmerung der Karrenhäuser der „Opposition“.

Man weiß welche Popularität Trotzki und seine Anhänger seinerzeit unter den breiten Massen der werktätigen und nichtwertigen Bevölkerung Rußlands besaßen, die sich für einen Moment der Täuschung hingaben, daß ihnen ein Retter erstanden sei, der sie von der drückenden Diktatur befreien werde. Ungeheure Volksmassen waren bereit, ihn auf den Schild zu heben und zu einem Volkshelden zu proklamieren, wenn er imstande wäre, seine leidenschaftlichen Anklagen gegen die Herrschaft des „Parteiapparates“ in ein positives Programm umzusetzen, das das Joch der Diktatur sprengen und freie Bahn für die werktätigen Massen schaffen würde. Trotzki erwies sich nicht auf der Höhe der ihm gestellten historischen Aufgabe. Gebunden durch das Bestreben der Aufrechterhaltung der Diktatur, deren Ausübung gerade diejenigen mit Begeisterung erwarteten, die ihn unterstützten! — verlor er sehr bald seinen Halt und fand ihn bis heute noch nicht wieder. Er suchte vielmehr seine Kritik der bestehenden Ordnung durch utopische, wirtschaftlich-reaktionäre, linkskommunistische Pläne zu kompensieren. Diese historische Unfruchtbarkeit Trotzki hat dahin geführt, daß die breiten Massen immer mehr von ihm abrücken und daß die Opposition allmählich die Unterstützung nicht nur der nichtproletarischen Volksschichten (Intellektuelle, Bauernschaft usw.), sondern auch der Arbeiterkreise verliert, deren Stimmungen nur der Teil der oppositionellen Kritik entspricht, der gegen die Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates gerichtet ist. In dieser Unfruchtbarkeit liegt die geschichtliche Verurteilung der Opposition. Sie kann nicht siegen, denn solange sie theoretisch auf den Boden der Diktatur steht, wird sie sich nie auf breite Volksmassen stützen können und nicht wissen, wohin sie gehen will.

Von geschichtlichem Standpunkt aus befindet sich auch Stalin, der „Sieger“, in keiner beneidenswerteren Lage. Indem er sich auf die Stimmungen und Interessen des „Apparates“ und der „Spezialisten“ stützt, ist er vor Angriffen gegen

seine Machtposition von Seiten der „linken“ oppositionellen Gruppen gesichert. Aber diese Macht eröffnet keine Perspektiven, keinen Ausweg aus der Rep.-Wirklichkeit. Der Stalinische Weg bürgt bis zu einem gewissen Zeitpunkt für die Aufrechterhaltung der Diktatur, als einem Ziel an sich, er führt jedoch nicht zum Aufbau des Sozialismus, durch den allein diese Diktatur heiligt werden könnte. Von dieser Erkenntnis ist nicht nur der überwiegende Mehrzahl der Arbeiter, sondern auch ein Teil der ehrlichen, grundsätzlichen Kommunisten durchdrungen, die Stalin noch immer Gefolgschaft leisten. Sie können sich der Opposition nicht anschließen, weil sie die positiven Forderungen der Opposition als utopisch und undurchführbar erkannt haben und weil es ihnen klar ist, daß die Vernunft und die Wahrheit der ökonomischen Notwendigkeit in dieser Frage auf Seiten Stalins liegt. Aber ohne Schwung und ohne Stimmung, ohne Glauben und ohne Vertrauen, bleiben diese Kommunisten aus Gewohnheit und aus Mangel eines anderen Auswegs auf demselben Fleck. Nur im engen Freundeskreis sprechen sie sich darüber aus, wie gut es hätte werden können, wenn „Stilich“ nach in ihrer Mitte wäre, der sicherlich einen Ausweg gefunden und mit sicherer Hand das Steuer des Sowjetstaates herumgerissen hätte. Aber Lenin ist nicht mehr, und an seine Stelle sind beschränkte, kleinmütige Epigonen getreten, die die geringste Bewegung scheuen und nicht wagen, den kleinsten Stein aus dem von Lenin errichteten Gebäude herauszubringen, aus Furcht, daß dabei das ganze Gebäude zusammenstürzen könnte.

Befränkter Gesichtskreis und Feigheit der Gedanken — das sind die Merkmale der „Mehrheit“ und der „Opposition“. Die proletarischen Massen, die dem Kommunismus Gefolgschaft leisten, fühlen es instinktiv und überzeugen sich davon in der täglichen Praxis. Ihre Abkehr von Stalin ist deshalb unvermeidlich und unabwendbar, trotz der zahlreichen Resolutionen, die in ihrem Namen von den lokalen Parteinstanzen gefaßt werden. Und ebenso unvermeidlich und unabwendbar ist die allmähliche Verschiebung des Stützpunktes der Stalin-Bucharinischen Mehrheit in der Richtung zu anderen nichtproletarischen sozialen Schichten. Auf der Basis der Diktatur gibt es in der Tat keinen Ausweg. Diese Diktatur ist dem Untergang geweiht und mit ihr zusammen sind beide Flügel der Russischen Kommunistischen Partei gerichtet, deren Ausgangspunkt die Aufrechterhaltung der Diktatur bildet. Damit wird auch die Frage gelöst, wer von den beiden feindlichen Freunden „besser“ sei, wer unter Umständen sich in einen „Weggenossen“ des sozialistischen Proletariats verwandeln könnte. In ihrer jetzigen Gestalt und auf der gegenwärtigen Plattform ist es keiner von beiden.

Die letzten Vorgänge in der Russischen Kommunistischen Partei haben noch eine weitere historische Lehre offenbart: jede richtige Maßnahme, zu der sich die eine oder die andere Fraktion, zufällig und entgegen der kommunistischen Theorie durchfindet, wird stets aus dem Arsenal der Sozialdemokratie entnommen. Die gegenseitigen Anschuldigungen wegen „Menschewismus“, die die kommunistischen Fraktionen einander an den Kopf werfen, sind nicht nur demagogischer Natur. Es steckt in ihnen auch ein tiefer Sinn: die Plattform unserer Partei ist in der gegenwärtigen historischen Epoche die einzige reale Möglichkeit zur Rettung der Revolution. In ihr verkörpert sich die Diagonale jener sozialen Kräfte, die im heutigen Rußland entstanden sind, verkörpert sich die sogenannte „Schützengrabenslinie“, auf der allein die Arbeiterklasse und die demokratischen Schichten der Bauernschaft sich werden halten können. Jede sozialistische Regierung, die bestrebt sein wird, dem Sieg des Bonapartismus vorzubeugen, wird gezwungen sein, dieses Programm zu verwirklichen.

Dieser Aufsatz des Führers der russischen Sozialdemokratie ist eine — notgedrungen stark verkürzte — Wiedergabe eines Aufsatzes in der Nr. 15/16 des „Sozialistischen Boten“, des offiziellen Organs unserer russischen Bruderpartei, das hier im Ausland erscheinen muß, weil die Bolschewiki jede abweichende Meinung unterdrücken.

Hugenbergs Bedauern.

Ueber einen Reinfall.

Im „Tag“ findet sich endlich folgende Mitteilung über den famosen Artikel des „Dr. jur. can. et civ. Hölcher“, der die preussische Polizei beschimpfte, aber nur in der Provinzalausgabe, nicht in der Berliner Ausgabe erschien:

Da während der Drucklegung Bedenken über die Person des Verfassers auftauchten, wurden wir, den Auftrag zurückzustellen, was aus technischen Gründen nur bei einem Teil der Auflage noch möglich war. Inzwischen angestellte Nachforschungen an Ort und Stelle rechtfertigten diese Bedenken. Wir bedauern daher, dem Auftrag Raum gegeben zu haben.

Von dem Bedauern nehmen wir gern Kenntnis, um so mehr, als unsere Aufdeckung der wunderbaren Zustände im Hugenberg-Betrieb es sicher mit auslösen half. Aber die Feststellung bleibt doch, daß es bei Hugenbergs möglich ist, an erster Stelle einen Schimpfsartikel gegen die preussische Polizei zu veröffentlichen, von dem man nicht einmal den Verfasser kennt! Der blinde Haß gegen das Severing-Preußen ist demnach dort stärker, als der Verstand des Einundfünfzigers Hölcher.

Magdeburger Richter.

Sie „untersuchen“ den Fall Uhlenhaut. — Der Stahlhelm wirkt mit.

Braunschweig, 31. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Magdeburger scheinen Pech mit ihren Richtern zu haben. Der Landgerichtsdirektor Bowersdorff ist noch aus dem Ebert-Prozess in aller Erinnerung. Die unruhige Rolle, die der Untersuchungsrichter Kölling im Nordprozess Schröder-Haas gespielt hat, ist dem Ansehen der deutschen Justiz auch nicht förderlich gewesen, und nun blamiert sich schon wieder ein dritter Magdeburger Richter.

Die Stahlhelm-Bundesleitung hatte auf besonderen Wunsch des Bundesführers Seldte aus Magdeburg den Amtsgerichtsrat Klinhardt aus Magdeburg mit der Untersuchung der Vorwürfe, die gegen den Landesverbandsführer Uhlenhaut (Braunschweig) erhoben wurden, beauftragt. Amtsgerichtsrat Klinhardt, der selbst Stahlhelmmitglied ist, nahm den Antrag an. Als Protokollführer leitete er einen jungen Angestellten des Landesverbandsführers Uhlenhaut ein. Die Untersuchung des Herrn Amtsgerichtsrats Klinhardt, die nach der Stahlhelmzeitung „rein sachlich, objektiv und völlig einwandfrei“ gewesen ist, gleich einer Freisprechung des Landesverbandsführers Uhlenhaut. Nun erhebt aber in den „Stahlhelmnachrichten“, dem Blatt der Stahlhelmopposition in Braunschweig, ein Wanddirektor Dr. jur. Wrede aus Braunschweig in einem offenen Briefe schwere Vorwürfe gegen den Amtsgerichtsrat Klinhardt aus Magdeburg. Er nennt die Vernehmung der Zeugen eine Farce und fährt dann fort:

„Wenn Herr Klinhardt als Amisperson so verfahren wäre, wie er als Privatmann verfahren ist, so würde ich wahrscheinlich Beschwerde bei seiner Aufsichtsbehörde gegen ihn erheben und außerdem noch Strafanztrag stellen.“

Ein Oberlehrer, ein Postbeamter, ein Kaufmann usw. hätte die Vernehmung ebensogut machen können; ja, er hätte sie entschieden besser gemacht als Herr Klinhardt, dessen Untersuchung, soweit ich sie beurteilen konnte, das Gegenteil von „sachlich, objektiv und völlig einwandfrei“ war.

Die klaren Tatsachen, die ich vorbrachte, und die meines Erachtens allein ausreichen mußten, Herrn Uhlenhaut als Landesverbandsführer unmöglich zu machen, suchte Herr Klinhardt mit Entschuldigungsgründen zu entkräften.

Das „rein objektive, klare Urteil“, das ich zu diesem Punkt später gelesen habe, ist das Unglaublickste, was mir auf juristischem Gebiete je vorgekommen ist.“

Selbst im Stahlhelm beginnt man also zu merken, was es mit den Magdeburger Richtern für eine Bewandnis hat.

Tempelhofer Feld.

Eine Spatzgeschichte vom Arme- und Marine-Tag.

Wir haben uns länger, als beabsichtigt, im „Kommandohaus“ und im „Kontrollturm des Zentralflughafens“ aufgehalten. Als wir ins Freie treten, ist es finster geworden. Die Scheinwerfer stoßen ihre gespenstigen Lichtarme in den sternlosen Himmel und der „Windrichtungsanzeiger“ bläst eine unheimliche „Rauschhahn“ in die „Regenacht“ hinaus. Von Zeit zu Zeit reißt der Wind die „Hahn“ auseinander und wirbelt ein paar tolle Rauchballen hoch, um sie dann wieder lautlos in den Grasboden hineinzuwurfsen.

Ich lehne mich auf meinen Hakenstod, nehme den Hut ab und mische mir den Schweiß von der Stirn; der steife Grog der verfluchten Flugzeugkutscher und ihr dämliches Gerede von ihren alten Stoffeln und Batterien, vom Krieg und vom Kommiss ist mir doch mächtig in den Kopf gestiegen; dazu habe ich das Pressetelegramm des „Vokal-Anzeiger“, der eben in die blaue Luftwölke verflaut wird, aus Nürnberg gelesen: „Schrift schlägt der Marsch der Spielleute und aus dem Bahnhoftor marschieren ein langer Zug, ein Geisterzug, verhält in düsteres Schwarz, die Feldzeichen der alten Armee.“ — — — Kein Wunder, daß einem da dumme Gedanken kommen — mitten am Paradesfeld seiner Majestät. Dazu ringsum lauter Koketten, und da — hul — der „Garnison-Friedhof“ am Tempelhofer Feld, wo die friderizianische Generalität seit 200 Jahren begraben liegt.

Ein harter Wind stößt von dort drüben her über den Wald, wirft die Rauchhahn nach rechts, daß sie nur so flöht, und dann nach links, daß es nur so knallt — und nun ist die Hölle los: Eine Regimentskolonne nach der andern jagt vorbei; die weißen Hosen zucken im Waffenschritt über das Feld hinweg und der Wind pfeift einen schaurigen Defiliermarsch dazu.

„Die Herren Kompaniechefs!“ jagen die Adjutanten.
„Ein Hornist zum Herrn Major!“
„Die Spielleute des ersten Garderegiments!“
„Die Herren Kommandoböden zu seiner Majestät!“
Eine Gruppe Offiziere steht nicht weit weg von mir, wenige Schritte von der Röhre, durch die der „Windrichtungsanzeiger“ seinen Qualm in die Nacht hinausstößt; offenbar einige, schon etwas bejahrte Herren, so in der Papa-Häcker-Manier, die Tschapka über dem mageren, strähnigen Haupt. Einige Wortsehen erreichen mich:
„Höfste Zeit!“ — — — Endlich einmal wieder ein Arme- und Marine-Tag! — — — Der alte Preußengeist! — — — Wird vorzüglich Eindrücke machen, dieser nächtliche Warm und die Parade vor seiner Majestät!“

Ein alter Jägeroberst klappert vergnügt mit seinen langen Knochen: „Na, nun haben sie uns ja endlich ein anständiges Denkmal auf unsere Gräber gesetzt: „exoriare aliquis — — ah, oder wie die Chose heißt — — ah die gute, alte Zeit — —“

Da brüllt die Sirene vom Kommandoturm; die Scheinwerfer flackern aus; die Flugzeugballen liegen im Blendfeuer der Türme und der Sautsprecher vom Kontrollturm herab:

„Achtung — Achtung — Bandungszone frei! Für den Express Paris—Rostau erstes Feld! Für den Express London—Konstantinopel zweites Feld! Für den Express New York—Wladimirost drittes Feld! Zehn Minuten Luftschiff für jeden Zug!“

Ein Heer von Dienstmännern, Grooms, Chauffeurs, Jockeys und Postbeamten stellt sich vor den Hallen bereit, und die erste Maschine donnert auf den Bandungsplatz herein, fünf aneinandergeschlossene Großflugzeuge, durch Baugang miteinander verbunden. Die Postfässer saulen durch die Luken herab, in den Speiseräumen zieht man die bereitgehaltenen Lebensmittelkisten und Wasserkanister hoch, die Benzinflüßchen werden an die Maschinen getoppelt. Zehn Minuten lang ein wildes Sprachchaos rusender Menschen — und dann donnern die Luft-Expresszüge wieder in die Nacht hinaus.

Wie durch ein Wunder ist der „Feldherrnhügel“ im Schutz der „Rauschhahn“ unversehrt geblieben; die sechs Männlein stehen immer noch wie angewurzelt neben der rauchspeienden Röhre. Ich fasse mir ein Herz und nehme mir den Jägerobersten vor:

„Herr Oberst, Sie müssen sich ein anderes Feld für nächtliche Spatzgelüste aussuchen — —“

„Ja, ja, hier ist's nicht für uns. Aber der Garnisonfriedhof ist doch so bequem in der Nähe, da — —“

„Aee, nee, meine Herren, Sie müssen sich schon nach Potsdam oder nach Bayreuth zu der „weißen Frau“ bemühen! — —“

„Sehr gut!“

„Und vor allem — Sie dürfen der Flugzeugbranche nicht zu nahe kommen! Meine Herren, das Militär macht alles! Werken Sie sich auf Feldgottesdienste oder Freilichttheater, auf Schnupftabakshofen oder Verästeländer! Aber hier? Hier haben Sie keine Chance! Hier herrscht der unsentimentale Weltverkehr und das Flugkapital!“

„Sehr richtig,“ sagt der alte Oberst, „und unser Chef hat die Befehle mit angebracht mit seinem Tati Tati!“

Hermann Schüßinger.

Die Hölle von Volterra.

Die Verwaltung der Gefängnisse in Italien ist eine der grausamsten, die es gibt. Volterra, Catanzaro, Lucca, Salerno, Campobasso, das sind einige Namen von Gefängnissen, in denen unzählige Proletarier, die sich des aktiven Widerstandes gegen faschistische Willkür schuldig gemacht haben, zum bürgerlichen Tode verdammt sind. Volterra ist ein Städtchen in der Provinz Pisa, das ebenso wie andere Orte dieses Gebietes zum Teil noch seinen Charakter als mittelalterliche Stadt gewahrt hat. Volterra ist wie entlegen von der Welt, auf dem Grat eines Bergzuges, von Bastionen um-

geben, als wolle man hier den Eintritt des sozialen Fortschrittes verhindern. Oben auf dem Gipfel des Berges droht eine 1440 erbaute Festung, die 1918 in ein Gefängnis verwandelt wurde und heute faschistisches Belfrage ist. Bei der Ankunft in diesem Gefängnis könnte man wie Dante vor der Höllempforte rufen: „Beim Eintritt hier laßt alle Hoffnung fahren!“

In der Tat haben die politischen Opfer, die in dies düstere Schloß eintreten, keinerlei Aussicht, es moralisch und physisch lebendig je wieder zu verlassen. In dieses Gefängnis führt man die Gefangenen, die die erste Periode ihrer Strafe, und sei es nur den sechsten Teil, in der Einzelzelle überbüßen müssen. An der Luft ist hier oben auf der Höhe, wo das Gefängnis liegt, kein Mangel. Man könnte wähnen, es sei dem Himmel näher als der Erde. Aber die Luft dringt nicht in die Zellen, in die entsetzlichen Winkel dieses Gefängnisses. Die Zellen, oder besser gesagt, die Löcher, in die man die Gefangenen zum Weiden wirft, sind so eng, daß sich ein Mensch nur Mühe darin bewegen kann. Nur eine ganz kleine Anzahl der Häftlinge läßt man arbeiten. In den Zellen für verführte Hoste erstirbt, wie man wohl sagen kann, kein Leben mehr. Die in diese Kamern verbannten Wesen, unter ihnen mancher politischer Häftling, sind, ohne Licht und ohne Luft, wie Tote in einer Gruft.

Zur Stunde befinden sich in Volterra 400 Gefangene. Strengste Geheimhaltung verwehrt die Kenntnis der genauen Anzahl der politischen Gefangenen. Nichtsdestoweniger steht, wie das in Laufanne erscheinende Blatt „Le Droit du Peuple“ aus bester Quelle weiß, fest, daß eine ganze Anzahl von ihnen in dieser düsteren Bastille langsam stirbt, weil sie gegen die bürgerliche Reaktion und die blutige Herrschaft der Schwarzhemden gekämpft haben.

Niemand, ausgenommen in den alleraußerordentlichsten Ausnahmefällen, darf mit diesen lebendig Begrabenen sprechen, von denen viele kämpfen und leiden für die Sache der Freiheit.

Ver sicherung gegen Geisteskrankheit. In einer der letzten Sitzungen des amerikanischen Repräsentantenhauses beschäftigte sich ein Abgeordneter mit den zunehmenden Fällen geistiger Erkrankungen, die in letzter Zeit in Amerika eine beunruhigende Ausbreitung erfahren haben. Gegenwärtig zählt man im Staate New York 41 000 Schwachsinnige und Idioten; im Staate Pennsylvania 20 300; in den gesamten Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich nicht weniger als 267 600 geisteschwache Personen, während man im Jahre 1910 nur 187 700 zählte. Der Abgeordnete hat erklärt, daß man sich in allernächster Zeit gezwungen sehen wird, eine Art Versicherung gegen Schwachsinn und andere Geisteskrankheiten einzuführen, da man diese Krankheit wie jeden anderen Unglücksfall behandeln und den vom Uebel Betroffenen eine finanzielle Sicherstellung angeben lassen müsse.

Namenswörter. Neben der „Deutschen Volkshölle C. B.“, die das Theater in der Kommandantenstraße gepachtet hat, wird jetzt noch eine andere „Deutsche Volkshölle“, die im Hofe-Theater spielt. Die Volkshölle C. B. Berlin (Vereinigte Freie und Neue Freie Volkshölle), die Festherrn der Theater am Schloßplatz und am Schiffbauerdamm, die zugleich Vorstellungen in der Oper am Platz der Republik, in den staatlichen Schauspielhäusern und im Thalia-Theater gibt, ist mit beiden Unternehmungen nicht identisch.

Der Hallenser Sparkassenkandal. Das Strafverfahren erweitert.

Halle a. d. S., 31. August. (WZ.) Der Regierungspräsident in Merseburg teilt mit: Die Bankabteilung der Stadtsparkasse Halle ist Anfang August 1926 einer erneuten, mehrwöchigen Prüfung durch zwei Revisoren der Girozentrale in Magdeburg und einen Revisor des Regierungspräsidenten in Merseburg unterzogen worden. Hierbei haben sich leider äußerst bedauerliche Zustände ergeben, die die finanzielle Lage der Bankabteilung gegenüber den Ergebnissen der bereits im November 1925 vorgenommenen Prüfung noch weiter verschlechtern. Das bereits im Juni 1926 von dem Oberstaatsanwalt in Halle gegen den vormaligen Bankdirektor Berger eingeleitete Strafverfahren wird auf Grund des erneuten Prüfungsergebnisses nicht nur auf diesen, sondern aller Voraussicht nach auch auf mehrere andere Personen ausgedehnt werden müssen. Daneben wird die disziplinarrechtliche Seite der Angelegenheit von der Staatsverwaltungsbehörde — wie bereits bisher geschehen — nachdrücklich weiter verfolgt werden. Für das mit der Bankabteilung in Verkehr stehende Publikum besteht keine Veranlassung zu überreichten Handlungen.

Der Regierungspräsident von Merseburg teilte dem „Volksblatt“ in Halle in einem Schreiben unter Bezugnahme auf Veröffentlichungen dieser Zeitung mit, daß in der Angelegenheit der Bankabteilung der Sparkasse Halle das vorliegende Material ein schuldhaftes Verhalten des Oberbürgermeisters Dr. Kiese nicht ergebe.

Verhaftung des ehemaligen Direktors.

Halle a. d. Saale, 31. August. (WZ.) Wegen der leichtfertigen Kreditgewährung durch die Stadtbank Halle wurde gegen den früheren Stadtbankdirektor Berger ein gerichtliches Verfahren im Juni d. J. eingeleitet. Die Ermittlungen haben inzwischen sozial belastendes Material ergeben, daß Berger auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft heute verhaftet wurde.

Der unpolitische Stahlhelm.

Und die Ausreden der Reichswehr.

Zu der von uns beanstandeten Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr an dem Sportfest des Stahlhelms in Prenzlau erklärt das Reichswehrministerium, daß nicht die 7. Kompanie des 5. Infanterieregiments, sondern nur einzelne Leute, die Mitglieder des Vereins seien, an der Sportveranstaltung teilgenommen haben. Es habe sich bei der Veranstaltung nur um ein Vereinsportfest mit völlig unpolitischem Charakter gehandelt.

Das ist eine sehr bequeme, aber gerade darum nicht haltbare Ausrede. Der Stahlhelm läßt seine Bundeszeitung erklären, der „Weg zur Freiheit“ gehe nur über die Leiche der Weimarer Verfassung. Er beschimpft diese Verfassung als „Kretin“, als Mißgeburt! Aber die Reichswehrsoldaten und -offiziere, die auf die Weimarer Verfassung vereidigt sind, dürfen an den Veranstaltungen dieses „unpolitischen“ Vereins teilnehmen, während ihnen jede Beteiligung am „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, der republikanischen Schutzorganisation, strengstens verboten ist.

Mit ihren Erklärungen reißt sich die Dementierungsabteilung des Reichswehrministeriums nur immer tiefer in die schwarzweiße Tinte!

Der Schulkampf in Mexiko.

Ein Krieg des Analphabetentums

Den sogenannten „Kulturkampf“ in Mexiko beurteilt der „Reitungsdienst des Deutschen Lehrervereins“ sehr kritisch. Er schreibt darüber:

Es ist nicht leicht, sich aus den Meldungen der Tageszeitungen ein richtiges Bild von dem zu machen, was in Mexiko vorgeht. Man hört von bewaffneter Aufruhr, von Mord, von Streik, von Demonstrationen und begreift nicht, wo das alles auf einmal herkommt. In Wirklichkeit ist der „Kulturkampf“, der sich dort abspielt, auch kein aus der neuesten Zeit hervorgegangener, sondern ein sehr alter. — greift zurück in die Befreiungskämpfe der Ureinwohner von der spanischen Herrschaft und hat seinen Hauptgrund in dem Kämpfen der katholischen Kirche und besonders der eingewanderten spanischen Priester, mexikanischen Grund und Boden in immer größerem Umfange an sich zu bringen. Seit mehr als sechs Jahrzehnten versuchen die Mexikaner, durch ihre Verfassungen den von der Kirche angelegten Grund und Boden in den Staatsbesitz zurückzubringen. Weiter wollen sie die überaus große Zahl der Geistlichen beschränken, ihnen den Einfluß auf die Schule nehmen und die Mönchsorden beseitigen. Gegen diese Verfassungsbestimmungen und die darauf ruhenden Gesetze wehrt sich nun die katholische Geistlichkeit. Wer sie anerkennt, wird von der Kirche bestraft. Den breiten Massen des Volkes soll das dadurch fühlbar gemacht werden, daß die Geistlichen in den Kirchen keine gottesdienstlichen Handlungen mehr vornehmen, und daß die Kirchenschulen, deren Zahl mehrere Tausend beträgt, geschlossen werden. Gleichzeitig werden die Eltern aufgefordert, ihre Kinder auch nicht in die öffentlichen Schulen zu schicken, weil Religionsunterricht verfassungsgemäß dort nicht erteilt werden darf. Wohl aber versuchen es Geistliche, Schulbrüder und Schulschwester, in den Häusern Unterricht zu erteilen.

Demgegenüber macht die Regierung nun von ihren Machtmitteln Gebrauch, belegt die Kirchen mit Beschlagnahme und sucht jede unterrichtliche Tätigkeit innerhalb einer oder mehrerer Familien zu verhindern. Diesen Kampf um die Schule glaubt die Regierung führen zu müssen, weil die Volkswirtschaft in seinem modernen Kulturstaat so groß ist wie in Mexiko. Nur etwa jeder achte Einwohner kann lesen, und jeder siebente Einwohner lesen und schreiben. Der jetzige Präsident Calles hat vor zwei Jahren bei der Übernahme der Regierung als eins seiner Hauptziele hingestellt: „Mehr Bildung für die Massen!“ Auch eine angesehen katholische Zeitung in Deutschland hat damals anerkennend von seinem „Kreuzzug gegen die Analphabeten“ gesprochen. Heute stellt man ihn mit den größten Christenverfolgern unter den römischen Kaisern auf eine Stufe, und nach den bisherigen Erfahrungen ist es nicht unmöglich, daß es schließlich gelingt, ihn zu stürzen. Aber jede kommende Regierung wird sich jetzt gezwungen sehen, den Kampf gegen die Unwissenheit des Volkes in irgendeiner Form fortzusetzen. Und die katholische Kirche wird sich um ihrer selbst willen bequemen müssen, in diesem Kampf nicht untätig beiseite zu stehen.

Aufhebung der Sklaverei in Nepal. In dem Himalaya-Staat Nepal sind seit dem vorigen Jahr 57 889 Sklaven freigelassen worden. Die Sklaverei ist damit vollständig beseitigt. Die Regierung hat den Besitzern der Sklaven 270 000 Pfund Entschädigung ausgezahlt.

Die politische Blume!

Das Berliner Rathaus ist zurzeit in eine Symphonie der Düfte und Farben getaucht. Eine Blumen Schau ist wohl das Friedlichste, was es auf dieser streitbaren Welt gibt. Mit der Festlichkeit mag man uns dabei kommen, Schwärmer mögen ihrisch, Entschlossenheit verleiht werden, aber auf politische Gedanken, auf die billige Scheidemünze des schwarzweißen Hipp-hipp-hurra inmitten dieser reizvoll harmonischen Naturpoesie zu gelangen. — Diese fastige Besinnungslosigkeit blieb unseren monarchistischen Bieder-männern vorbehalten. Es gab auch manches Kopfschütteln beim Berliner Volk, das am Sonntag in Scharen die Ausstellung besuchte, als schon nahe dem Eingang die hohe östliche Politik ihre Sprüche sein verkündete. Ist es nicht grotesk, eine niedlich-düstige Blume „Stagerrat“, eine andere pathetisch „Wacht am Rhein“ zu benennen? Was aber soll man dazu sagen, wenn die Charlottenburger Samenhandlung Otto Ruhe inmitten der entzückenden Dahlienschau im Oberdack eine feuerrote, charmante Dahlie nach Schlageter benamte? Da ist noch eine Dahlie von blasser Farbe, die mit demokratischem Geruch behaftet wohl nach der Ansicht ihres Händlers beim Publikum Spieghelchen soll! Nicht neben „Schlageter“ blüht bescheiden im Hintergrund „Wolfgang v. Goethe“. Der ist übrigens insgesamt in 4—5 Exemplaren vertreten. Argend eine längst verblühte Prinzessin abgelegener Linie dagegen scheint weit populärer. Ist sie dem Besucher doch sehr viel häufiger begegnet. Nicht unerwähnt sei, daß man auch einige Male auf eine edle weiße Dahlie „Weisfriede“ stößt. Ein symbolischer Name, der sicherlich dem Empfinden weit angenehmer einleuchtet als die militärischen Erinnerungen. Wenn man nicht versucht wäre, die „politische Blume“ überhaupt als groben Unfug abzulehnen.

Der Mörder der Gräfin Lambsdorff.

Die Tat eines Hungrigen.

Nachdem Böttcher, der so plötzlich gefasste Mörder der Gräfin Lambsdorff, gestern nachmittag von der Berliner Kriminalpolizei aus Dahlewig abgeholt worden war, wurde er auf dem Polizeipräsidium von Kriminalrat Gennat eingehend vernommen. Der junge Mensch, der vor Schmutz starrte und sich anscheinend tagelang nicht gewaschen hatte, wurde zunächst im Polizeigefängnis gründlich geäubert, mit anderen Kleidungsstücken versehen und gespeist. Danach begann das Verhör, das sich bis gegen 2 Uhr morgens ausdehnte. Böttcher schilderte seinen Lebenslauf, seine vergebliche Suche nach Arbeit und gab anschließend eine genaue Schilderung des verhängnisvollen 7. Mai. In diesem Lage verließ er seine Wohnung in der Kleinen Hamburger Straße morgens zwischen 5 und 6 Uhr. Da er kein Fahrgeld besaß und seit mehreren Tagen nur trockenes Brot gegessen hatte, so machte er sich zu Fuß auf den Weg nach Strausberg. Seine Absicht war, außerhalb Arbeit zu suchen, entweder als Knecht oder als Handlanger bei einem Neubau. Er fragte überall um Arbeit an, wurde aber stets abgewiesen. Ein Arbeiter, dem er seine Not klagte, ver suchte ihn zu ermutigen und beschenkte ihn mit 20 Pfennigen. Für dieses Geld kaufte sich Böttcher in einer Gastwirtschaft ein Glas Bier und ein paar Schrippen. Dann wanderte er weiter. Da es anders nicht zu gelingen schien, so suchte er in seiner Verzweiflung den Entschluß, sich auf alle Fälle Geld zu verschaffen, wenn nötig, mit Gewalt. Auf seinem Wege durch die Strausberger Forst begegnete ihm ein junges Mädchen, das er ansah. Zu einem Raube kam es aber, wie wir schon erwähnten, diesmal nicht, weil eine Madlerin seine Absicht durchkreuzte. Trotz des Mißerfolges blieb er an dieser Waldstelle, um abzuwarten, ob er nicht besseren Erfolg haben könnte. Inzwischen war es nachmittags 4 Uhr geworden, und jetzt sah er eine einzelne Dame den Weg entlangkommen. Mit der Waffe in der Hand sprang er sie an und rief ihr zu: „Geld! Geld!“ Nach seiner jetzigen Darstellung packte die Gräfin mit beiden Händen seine Rechte, in der er den Revolver hielt. Der Schuß ging dabei los, und lautlos sank die Frau zu Boden. Während die Tote noch auf dem Wege lag, nahm er aus der Seitentasche ihrer Strickjacke eine kleine Börse, die 1,50 Mark enthielt, und streifte ihr die Armbanduhr ab. Da es ihm zu gefährlich erschien, die Leiche an dieser übersichtlichen Stelle liegen zu lassen, so schleifte er sie an den Händen durch das Unterholz bis zum Brandgraben. Leute, die ihn verfolgten, will er nicht gesehen haben. Er eilte sofort nach dem Bahnhof und fuhr bis zum Bahnhof Börse. Hier traf er einen Mann, den er von verschiedenen Arbeitsstellen her kannte. Mit ihm zusammen besuchte er ein Kino am Hackeschen Markt und sah sich dort den Film „Panzerkreuzer Potemkin“ an. Nach Schluß der Vorführung begab er sich nach Hause und legte sich ins Bett. Am nächsten Tage versuchte er, die geraubte Uhr zu Geld zu machen. Nach mehreren vergeblichen Versuchen stieß er auf einen gewissen Hoch, mit dem er Bett in dem Birchow-Krankenhaus gelegen hatte. Hoch war als Uhrmacher in einem Goldwarengeschäft in der Artilleerstraße beschäftigt und war Böttcher beim Verkauf der Uhr behilflich. — So weit geht das Geständnis Böttchers. Da sich das Verhör bis in die Morgenstunden ausdehnte, war es noch nicht möglich, alle einzelnen Angaben des Verhafteten genau nachzuprüfen.

Der junge Mensch ist zweifellos geistig minderwertig und ohne sittliche Hemmungen. Daran mag zum großen Teil das Leben, das er geführt hat, die Schuld tragen. Er ist ein schwächlicher, unscheinbarer Bursche, der wiederholt die Arbeit ausgeben mußte, weil er nicht mehr imstande war, sie zu leisten.

Eine eigenartige Selbstbeziehung.

Der Leichenfund am Hohenzollerkanal aufgeklärt.

Wie wir berichteten, gelang es der Mordkommission, den unter verdächtigen Umständen aus dem Hohenzollerkanal bei Bismensee gelandeten Toten als den 26 Jahre alten Techniker Paul Bethge aus der Cheruserstraße zu Schöneberg festzustellen. Gestern nachmittag fand im Schachhaus die von der Staatsanwaltschaft angeordnete Obduktion statt, die vom Gehelmerat Dyrensurth vorgenommen wurde. Es wurde festgestellt, daß der Tod durch Ertrinken eingetreten ist. Die Verletzungen, die der Körper aufwies, und die zuerst das Gerücht von einem Verbrechen aufstauen ließen, sind, wie der ärztliche Befund ergab, erst nach dem bereits erfolgten Tode durch Schiffschrauben und Bootshaken verursacht. Auf die gleiche Ursache sind ein Schlüsselbeinbruch und mehrere Rippenbrüche zurückzuführen. Ein Verbrechen ist an dem Manne auf keinen Fall verübt worden. — Mit der Selbstbeziehung, Bethge ermordet zu haben, meldete sich am vergangenen Sonntag bei der Mordkommission Dr. Berndorf-Joppe ein junges Mädchen aus Breslau. Sie gab eine genaue Schilderung des Vorganges. Danach hatte sie Bethge schon längere Zeit gekannt, mit ihm postlagernde Briefe getauscht und jetzt eine Reise nach Berlin auf keine Veranlassung gemacht. In Bismensee sollte der Treffpunkt sein. Mit Bethge zusammen habe sie einen Spaziergang gemacht und später ein Bad genommen. Während des Auflebens sei es zu Streitigkeiten gekommen, sie habe ihr Taschmesser gezogen und blindlings auf ihn eingeschlagen. Der junge Mann sei rücklings in den Kanal gestürzt und ertrunken. Diese Erzählung wurde von den Beamten von vornherein mit großem Zweifel aufgenommen. Man nahm das Mädchen, eine 26 Jahre alte Amalie Honduras aus Breslau, ernstlich ins Gebet, und schließlich mußte sie eingestehen, daß sie den Toten nie gekannt und sich ihr Märchen buchstäblich aus den Fingern gesogen hatte. Sie hatte am Sonnabend in der Zeitung von dem Leichenfund gelesen, war nach Bismensee

hinausgefahren, um den Fundort zu besichtigen, und war dann bei der Kriminalpolizei erschienen. Von ihrem letzten Gelde hatte sie die Fahrt nach Berlin bezahlt und war nun mittellos. Sie wurde dem Wohlfahrtsamt überwiesen, das die zweifellos nicht ganz normale Person in ihre Heimat zurückbringen wird.

Wer bekommt ein Sparkassenbuch?

Vor kurzem gab die Sparkasse der Stadt Berlin bekannt, daß sie bei Erreichung der ersten 100 Millionen Reichsmark Spareinlagen eine größere Zahl von Geschenksparbüchern mit Beträgen von 10 bis 300 Mark stiften wird. Vergänglich zerbrechen sich die Berliner den Kopf, auf welches Datum der Tag fallen wird, an dem die ersten 100 Millionen voll sein werden. Nach der bisherigen Entwicklung des Bestandes der Berliner Sparkassen ist damit zu rechnen, daß Ende August die ersten 100 Millionen überschritten werden. Der Monat Juli schloß ab mit einem Sparkassenbestand von 97 Millionen Mark, durchschnittlich steigt der Bestand im Monat um etwa 4 Millionen, wie die folgenden Ziffern über die Sparkassen seit Anfang dieses Jahres zeigen:

Bestand Ende	Januar 1926	72 Millionen Mark
Februar 1926	77	
März 1926	82	
April 1926	86	
Mai 1926	90	
Juni 1926	93	
Juli 1926	97	

Das Jahr 1925 begann mit einem Bestand von 16 Millionen Mark und schloß ab mit 66 Millionen. Man darf gespannt sein, wie viele Sparkassenbücher die Sparkasse bei dieser Gelegenheit los werden wird. Unzweifelhaft steht fest, daß gegenwärtig infolge der Wirtschaftskrise und der großen Arbeitslosigkeit nur noch sehr wenige in der Lage sind, Geld auf die Sparkasse bringen zu können. Arbeiter werden kaum darunter sein.

Die Pflanzervereine Blumenau und Neu-Kolonnaden im Bezirk Prenzlauer Berg feierten am Sonntag ihr Erntefest. Rund 250 Kinder der ausgeleiterten Erwerbslosen, die reichlich bewirtet und mit Geschenken versehen wurden, waren von den Vereinen geladen worden. Dabei spielte die gute Idee eine Rolle, den Eltern der Kleinen auch eine Freude zuteil werden zu lassen. Jedes Kind erhielt ein Paket, das Speck, Oris, Wurst, Kaffee, Zucker oder andere Lebensmittel im Gewicht von 10 Pfund enthielt. Dem guten Beispiele folgend, hat die Nachbarkolonie „Heimat“ beschlossen, zu ihrem Erntefest 200 Kinder der Ausgeleiterten zu laden. Auf dem „Festplatz“ wurde ein Programm gegeben, das reichlich abwechslungsreich war. Zweimal gab es Theateraufführungen von Kindern der Laubentkolonnaden, dazu Konzert der Kolonnenkapelle, Reigentänze, gemeinsame Kaffeetafel, Gesang usw. Den Teilnehmern wird die Feier im Gedächtnis bleiben.

Nächtliches Feuer in Mariendorf. Mehrere Böschungen der Feuerwehrrunde heute nacht gegen 1/3 Uhr nach der Rathausstraße 8 in Mariendorf alarmiert, wo auf einem Baumaterialienplatz Feuer ausgebrochen war. Es wurde aus zwei C-Rohren längere Zeit Wasser gegeben. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. Möglicherweise liegt Brandstiftung vor.

Schweres Autounglück auf der Reichsfahrt.

Zwei Personen getötet.

Husum, 31. August. (WZ.) Bei der vom Allgemeinen Deutschen Automobilklub veranstalteten Reichsfahrt stürzte ein Auto, in dem sich fünf Personen befanden, auf der Chaussee Friedrichstadt—Husum die Böschung hinab. Zwei Insassen fanden dabei den Tod, ein weiterer Insasse zog sich schwere Verletzungen zu.

Bierkötters Kanalsieg.

London, 31. August. (Tl.) Alle Morgenblätter berichten mehr oder weniger ausführlich über die hervorragende Schwimmleistung Bierkötters. Etwa 200 Meter vor dem Ziel hatte Bierkötter mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da Ebbe einsetzte. Als der Schwimmer, so berichtet der Korporal Lang von dem an der Küste stationierten Hülfieren, sich der Küste näherte, war das Wasser sehr niedrig und überall waren Felsen unter dem Wasserspiegel sichtbar. Unglücklicherweise geriet Bierkötter auf diese Felsen und zog sich scharfe Schnittwunden, vor allem an den Füßen, zu. Nachdem der Schwimmer von den Wellen mehrere Male wieder in die See zurückgeworfen worden war, gelang es ihm schließlich, auf Händen und Knien mehrere Meter nach der Küste zu kriechen. Man gab ihm etwas Rum zu trinken und einige rahe Eier; als er sich etwas erholt hatte, verlangte er eine Zigarette, die er auf dem Rücken an der Küste liegend zurüben rauchte.

Paris, 30. August. (WZ.) Der deutsche Schwimmer Bierkötter ist an Bord seines Begleiterschiffes in Calais eingetroffen, wo ihm Vertreter der städtischen Behörden ihre Glückwünsche darbrachten und einen Blumenstrauß überreichten. Bierkötter wurde im Hause eines Sportfreundes in Annenheide zahlreicher anderer Sportleute bewirtet. Er begab sich dann in einem Auto nach Sangatte, wo er Wohnung genommen hat.

Schiffskatastrophe bei Leningrad.

150 Menschen ertrunken.

Leningrad, 31. August. (WZ.) Gestern nacht prallte der auf der Fahrt von Leningrad nach Kronstadt befindliche Personen-dampfer „Buzewestnik“ bei dem Versuch, im dichten Nebel dem deutschen Dampfer „Bregne“ auszuweichen, gegen den Hafendamm. Der Schiffsrumpf erhielt ein zweieinhalb Meter breites Loch und versank nach 15 Minuten. Die Zahl der ums Leben gekommenen Personen wird nach den letzten Angaben auf 150 geschätzt, jedoch wird die Zahl erst nach der heute begonnenen Bergung des Dampfers genau festgestellt werden können. An Bord befanden sich 563 Fahrgäste. Rettungsdampfer brachten 285 Personen in Sicherheit. Außerdem retteten sich zahlreiche Fahrgäste selbst. Die Mehrzahl der Fahrgäste waren Kronstädter Einwohner, die mit ihren Familien aus Leningrad von einem Sonntagsausflug heimkehrten. Dank dem Heldennut und der Selbstbeherrschung der Seeleute, von denen viele den Tod gefunden haben, wurde eine Explosion der Dampfessel verhindert, und zahlreiche Frauen und Kinder wurden gerettet. Zu den Opfern gehört der Chef der politischen Abteilung der Kronstädter Marinestation Wassiliew.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 84. Wkt. Wagners Mittwoch 7/8 Uhr Funktionärkonferenz, Cabiner Platz 10. Tagesordnung: Wichtige Abteilungsangelegenheiten. Erscheinen aller Funktionäre unbedingt erforderlich.
- 85. Wkt. Stralich, Mitternacht, abends pünktlich 8 Uhr, Funktionärkonferenz bei Adel, Ringstraße Ecke Albrechtstraße. Erscheinen Pflicht.
- 130. Wkt. Reichsbühnen. Die Besprechung mit dem Thema Groß-Kulturwerk findet nicht, wie irrtümlich angegeben, morgen Mittwoch, sondern Mittwoch, den 8. September statt.

Arbeitersport.

Wichtig! Arbeiterport- und Kulturfortschritt. Im offiziellen Programm für die Berliner Turn- und Sportwoche ist die Veranstaltung des Raritäts auf der Volkshalle am Mittwoch, 1. September mit angegeben worden. Das Rarität hat das Bezirksamt Hanfow nicht beauftragt oder ermächtigt, diese Angelegenheit im Programm anzunehmen.

Die Auswirkungen der Krise.

Generalversammlung des Verkehrsbundes.

Die Bezirksverwaltung Berlin des Deutschen Verkehrsbundes hatte gestern im Gewerkschaftshaus ihre Quartalsgeneralversammlung. Nach dem vom ersten Bevollmächtigten, Genossen Drimann, eingehend erläuterten gedruckten Geschäftsbericht wurden im zweiten Quartal elf Abwehrbewegungen ohne Streit und eine Bewegung mit Streit geführt. In fast allen Fällen richtete sich die Abwehr hauptsächlich gegen einen Abbau der Löhne. Es gelang auch, diesen Befreiungen der Unternehmer wirksam zu begegnen, wenn es auch nicht immer gelang, die Angriffe der Unternehmer ganz abzuschlagen. Auch in diesem Quartal hat sich gezeigt, daß es gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression besser ist, unter Tarifverträgen zu arbeiten, die der Abbaumut der Unternehmer Grenzen setzen.

Die Fluktuation in der Mitgliederbewegung hat leider auch in diesem Quartal nicht nachgelassen. Von den 2706 neu eingetragenen Mitgliedern sind nur wenige der Organisation treu geblieben. Eine stärkere Rückkontrolle in den Betrieben wurde bestimmt dazu beitragen, daß nicht so viele Mitglieder wegen restierender Beiträge gestrichelt werden müßten. Ebenso hat sich die Annahme der Mitglieder als irrig erwiesen, daß durch ein niedrigeres Eintrittsgeld der Anreiz zum Eintritt in die Organisation gesteigert würde. Trotz der Ermäßigung des Eintrittsgeldes um 50 Proz. hat sich die Zahl der Aufnahmen nur unwesentlich verändert.

Eine beachtliche innere Festigung der Organisation zeigt sich aber in der Beitragszahlung. Während sonst während des zweiten Quartals die Zahl der Wochenbeiträge bis zu 40 000 gegen das erste Quartal zurückgeht, war in diesem Quartal nur ein Rückgang von rund 7000 Wochenbeiträgen zu verzeichnen. Der Rückgang des Durchschnittsbeitrages um 2 Pf. erklärt sich daraus, daß gerade die Spitzenverdiener, die auch die höchsten Beiträge zahlen, am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Der Bericht des Arbeitsnachweises ist nach wie vor trübselig. Auf 14 671 Stellungsuchende im zweiten Quartal entfielen 6350 gemeldete Stellen. Befehlt wurden 2830 Stellen für seit und 3366 Stellen zur Aushilfe.

Ortmann berichtete u. a. auch über die Verhandlungen zur Verschmelzung mit den Eisenbahnern, Gemeindefunktionären und Staatsarbeitern und den Maschinisten und Heizern, die gut vorwärtsgeschritten sind. Er wünscht, daß sich auch die Funktionäre dieser Gewerkschaften so einig sein mögen, wie es die Führer dieser Gewerkschaften sind, dann wird sich die Verschmelzung eher vollziehen, als es mancher gedacht hat.

Der von ihm erläuterte Kasernenbericht balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 421 296,94 M. für die Lokalkasse und 244 848,58 M. für die Hauptkasse.

Nach der Diskussion und dem Schlusswort Ortmanns wurde noch über das von der Sektionsleitung und den Funktionären der Sektion Post und Telegraphie eingeleitete Ausschlußverfahren gegen die Mitglieder Fritz Körber, Fritz Neubauer, Otto Kestner, Otto Kurz, Hugo Kamoffa und Paul Meier berichtet. Diese Mitglieder haben durch mündliche Agitation und Flugblätter eine rege Propaganda gegen den Verkehrsbund getrieben, die darauf abzielte, die Post- und Telegraphenbeamten und -arbeiter wieder vom Verkehrsbund loszulösen und sie zurückzuführen zum alten Reichsverband. Das Verfahren gegen Fritz Körber wurde abgetrennt, da er kurzzeitig als Vorsitzender der sogenannten Arbeiterdelegation in Ruhland weilt. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, die Genannten, die alle trotz Einladung nicht erschienen waren, dem Bundesvorstand zum Ausschluß zu empfehlen.

Tom Cape vor den Berliner Gewerkschaften.

In einer gemeinsamen Versammlung der Delegierten zu den Plenarversammlungen der Ortsvereine Berlin des ADGB und des IFA-Bundes, sowie der Ortsvorstände der beiden Spitzenorganisationen, die gestern abend im „Dresdener Kasino“ stattfand, sprachen Tom Cape und Jansche, deren Ausführungen sich bedeten mit denen auf der Presskonferenz des ADGB. Im Anschluß daran fand eine Aussprache statt, die den einheitlichen Willen unterstrich, die englischen Bergarbeiter in ihrem heroischen Kampfe nachhaltig zu unterstützen.

Kongress der Lokomotivführer.

Stellungnahme zur Betriebssicherheit der Eisenbahn.

In der Woche vom 13. bis zum 18. September 1926 findet in Dortmund die vierte ordentliche Generalversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer statt. Die Organisation umfaßt über 70 000 Angehörige des Zugförderungsbediensteten der Eisenbahnen Deutschlands. 200 Delegierte aus allen Teilen des Reiches werden gemeinsam mit der Leitung der Organisation über Berufs-, Rechts- und Wirtschaftsfragen der deutschen Lokomotivführer und Anwärter beraten.

Die Bedeutung dieser Generalversammlung geht u. a. daraus hervor, daß sich bereits heute über 2000 Mitglieder der Organisation, außer den Delegierten, als Gäste in Dortmund angemeldet haben. Damit wird die Lage gekennzeichnet, in der sich die Beamten

des schwierigsten Zugförderungsbediensteten heute befinden. Als einen der brennendsten Punkte wird man in dieser Tagung die Stellungnahme zur Einmannbesetzung der Lokomotiven bezeichnen müssen; liegt doch hierin eine Haupt- und Kardinalfrage für die Lokomotivbeamten.

Die vielen Unfälle der letzten Zeit lassen erkennen, in welcher starker Weise die Betriebssicherheit bereits gelockert wurde. Würde die Einmannbesetzung, die heute schon auf vielen elektrifizierten Betriebsstrecken durchgeführt ist, zur allgemeinen Einführung kommen, so würde das nach Ansicht der deutschen Lokomotivführerschaft die größte Gefährdung der Betriebssicherheit und des guten Rufes der deutschen Eisenbahn bedeuten. Eine Reihe ähnlicher wichtiger Fragen, an denen auch die Deffenlichkeit Interesse hat, wird außerdem noch auf der Dortmunder Tagung zur Beratung kommen.

Tagung der bayerischen Gewerkschaften.

München, 30. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Bezirksauschüsse Bayern des ADGB und des IFA-Bundes nahmen in einer gemeinsamen Sitzung mit den Bau- und Bezirksleitern in Regensburg Stellung zur gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes und der Erwerbslosenfürsorge in Bayern. Die Konferenz beschloß, eine Eingabe an die bayerische Staatsregierung zu richten, in der es als dringende Aufgabe der Regierung bezeichnet wird, für den kommenden Winter die

Mitglieder des DMV.

Ihr müßt vollzählig die Wahlkörperversammlungen besuchen!

Beschaffung von Arbeit auf breiter Grundlage zu organisieren und dabei in erster Linie eine viel weitergehende Finanzierung des Wohnungsbaues durchzuführen. Das bisher verkündete Arbeitsbeschaffungsprogramm der bayerischen Regierung wird als durchaus unzulänglich bezeichnet. Einspruch wird schließlich gegen die Sonderbehandlung der bayerischen Erwerbslosen erhoben, die den jugendlichen Erwerbslosen im Alter von 16-18 Jahren Unterstützung erst dann gewährt, wenn diese in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern wohnen und wenn in diesen Gemeinden die Zahl der unterstützten Erwerbslosen 1 Proz. der Bevölkerungszahl übersteigt.

Die Regensburger Konferenz beschäftigte sich außerdem noch mit einer Reihe für die Arbeiterschaft wichtiger Fragen. Angesichts der im Jahre 1925 in Bayern erschreckend gestiegenen Zahl der Betriebsunfälle auf 41 994, um 49 Proz., richteten die Freien Gewerkschaften Bayerns an die Staats- und Gemeindebehörden sowie an die Berufsgenossenschaften die erste Mahnung, den Unfallgefahren und ihrer Betämpfung in den Arbeitsstätten weit größere Beachtung als bisher zu widmen.

Infolge der Häufung der Eisenbahnunfälle gerade im Bereich der Gruppenverwaltung Bayern fordern die Freien Gewerkschaften im Interesse der Verkehrssicherheit, daß die Betriebsvertretungen mehr als bisher bei der Unfallverhütung und bei der Unfallkontrolle mitzuwirken haben, daß ferner dem unsinnigen Personalabbau endlich Einhalt geboten und dem Personal nicht überlange Dienstschichten aufgebürdet werden; für die Ausführung der rückständigen Oberbauarbeiten müßten und könnten möglichst viele Erwerbslose verwendet werden.

Schließlich richteten die Freien Gewerkschaften Bayerns an die bayerische Regierung nochmals die Forderung, bei der Reichsregierung endlich mit dem größten Nachdruck dahin zu wirken, daß dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die im Artikel 165 der Reichsverfassung der Arbeitnehmerchaft garantierte Mitwirkung an der Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens auf paritätischer Grundlage mit den Unternehmern in den verschiedenen Kammern gewährleistet.

Zu Unrecht entlassen.

Ein Chauffeur des Städtischen Rettungsamtes hatte einen leeren Krankenwagen nach Lankwitz zu fahren. In der Lutherstraße fuhr er mit einer scharfen Wendung nach links gegen einen Baum und brachte den Wagen, der dabei beschädigt wurde, auf dem Bürgersteig zum Halten. Die Verwaltung des Rettungsamtes nahm an, der Unfall könne nur dadurch entstanden sein, daß der Chauffeur vorschriftswidrig zu schnell gefahren sei. Er wurde deshalb nach erfolgter Kündigung entlassen. Der Betriebsrat sogt die Entlassung beim Arbeitsgericht an. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß dem Chauffeur ein Verschulden an dem Unfall nicht zur Last gelegt werden kann. Vor seinem Wagen tauchten nämlich zwei Radfahrer auf, von denen der eine nach einem Warnungsschrei des Chauffeurs sich plötzlich nach links wandte, so daß dem Chauffeur, wenn er den Radler nicht überfahren wollte, nichts übrig blieb, als seinen Wagen scharf nach links zu wenden, wodurch dann der Unfall entstand.

Das Gericht unter Vorbehalt des Magistratsrats Hermann hielt nicht für erwiesen, daß der Anprall an den Baum nur auf

ein vorschriftswidrig schnelles Fahren zurückzuführen sei. Die Möglichkeit sei nicht von der Hand zu weisen, daß der Chauffeur, um dem Radfahrer auszuweichen, gezwungen war, eine scharfe Wendung nach links zu machen, wodurch der Wagen ins Schleudern kam. Dafür, daß der Wagen nicht übermäßig schnell gefahren sei, spreche auch der Umstand, daß weder der Chauffeur noch der Radfahrer eine Verletzung durch den Anprall erlitten habe. Das Gericht konnte hiernach ein Verschulden des Chauffeurs nicht als erwiesen ansehen. Es erkannte dahin, daß die Entlassung als unbillige Härte anzusehen, der Chauffeur weiterbeschäftigt oder mit 1210 M. zu entschädigen ist.

Vor einem Streit im polnischen Bergbau.

Kattowitz, 31. August. (Ill.) Am Montag tagten die Gewerkschaftsführer der gesamten Arbeiterorganisationen, um über den Ausgang der Sitzung des Schlichtungsausschusses, die bekanntlich in der Lohnstreitfrage in der polnisch-schlesischen Großindustrie keine Ergebnisse brachte, zu beraten. Einstimmig wurde beschlossen, den Lohnkampf mit aller Schärfe weiterzuführen. Um mit den Betriebsräten und der Arbeiterschaft die weiteren Schritte zu beraten, wird für Mittwoch, den 1. September, nach Kattowitz ein allgemeiner Betriebsrätekongress einberufen. Der polnische Zentralverband hat bereits für Dienstag, den 31. August, einen Kongress einberufen, an dem auch Vertreter des Krauer und Dombrowaer Industriereviere teilnehmen. Es ist zu erwarten, daß in sämtlichen Revieren der Kampf einheitlich geführt wird. Sollten im letzten Moment die Arbeitgeber nicht nachgeben oder die Behörden nicht vermittelnd eingreifen, ist ein allgemeiner Streik unausbleiblich. Die Streikbewegung unter der Arbeiterschaft ist in starkem Maße vorhanden, da man sich dessen bewußt ist, daß durch einen allgemeinen Streik die polnische Kohlenindustrie infolge der augenblicklichen Hochkonjunktur schwer geschädigt wird.

Aus der Partei.

Konferenz sozialdemokratischer Juristen.

Eine Konferenz sozialdemokratischer Juristen wird am 12. September in Köln a. Rh. tagen. Auf ihr soll eine zwanglose Aussprache über die schwebenden Fragen der Justiz und Gesetzgebung stattfinden. Ferner werden die beiden Referenten des Deutschen Juristentages, die Genossen Radbruch und Singheimer über die strafrechtliche „Einschließung“ und die Haftung der Gewerkschaften referieren. Da auch österreichische parteigenössliche Juristen an der Konferenz teilnehmen werden, so wird Gelegenheit gegeben sein, die Schaffung eines allgemeinen Strafgesetzbuches für beide Länder zu erörtern. Im Anschluß daran werden diejenigen, die an der Arbeit der strafrechtlichen Sektion teilnehmen, eine besondere Besprechung abhalten.

Diesigen parteigenösslichen Juristen, die vorher an der Tagung der internationalen kriminalistischen Vereinigung in Bonn teilnehmen, treffen sich in Bonn am Donnerstag, den 9. September, abends 7 Uhr, in der Phönixhalle, Kölnstr. 17. Eintreffende Genossen erhalten dort Auskunft bei Franz Heinen, Argelanderstraße 71.

Anmeldungen zum deutschen Juristentag und Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen, Berlin W. 9, Köthener Str. 17 (Fernruf Kurfürst 8374).

Vom Räterepublikaner zum Hitlermann. Der Oberregierungsrat Schlessinger, beim Justizministerium in Weimar bedienstet, hat seinen Austritt aus der Partei erklärt, worüber die bürgerliche Presse lehrhaft ausbricht. Er ist freilich nur dem Ausschluß, der sicher gegen ihn erlangt worden wäre, zuvorgekommen. Seinerzeit wegen seiner Beteiligung an der Rätezeitung Räterepublikist zu 1½ Jahren Festung verurteilt, stimmte er bei der letzten Reichspräsidentenwahl für Hindenburg und nahm am nationalsozialistischen Parteitag in Weimar teil; auch denunzierte er einen Genossen bei der Thüringer Regierung als Verfasser eines Zeitungsartikels. Deswegen war der Ausschluß dieses Ehrenmannes beantragt. Um dem Verfahren zu entgehen, erklärte er vorher seinen Austritt.

Die Schweizer Partei und die Internationale. Der Parteivorstand der Schweizer sozialdemokratischen Partei hat den diesjährigen Parteitag für den 6. und 7. November nach Neuenburg einberufen. Auf der Tagesordnung steht der Punkt: Beitritt zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Die Schweizer Sozialdemokratie ist die einzige sozialdemokratische Partei Europas, die bisher der Internationale nicht angeschlossen war. Die Parteileitung hat es bisher auch vermieden, diese Frage zur Diskussion zu stellen, weil sie befürchtete, daß der Widerstand innerhalb der Partei zu stark sein würde. Jetzt ist offenbar dieser Widerstand nicht mehr vorhanden.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Oger; Wirtschaft: Felix Götzen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karhöft; Anzeigen: H. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 48, Lindenstraße 3.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 23 u. 65 26 | Landhausstraße 4, Tel.: Pfalzburg 9621
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulantesten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen

Abessinier-Pumpen.
Möbren, Füll-, Kreislauf-, Preispumpen, Kabinen & Co., Pumpenfabrik, Berlin N 68, Reinickendorfer Str. 68.

Bettfedern
aus erster Hand, 100 genau 60 Pf., gefüll. 90 Pf., Rupe 175, Halbbaune 275, 4 weich 5-10 Scheibbaune, 4 Oberbett, 12 schiffbr. Räder 8 Pf., 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.
Bettfederspezialhaus Sachsel & Stadler, Berlin S., Sandberger Str. 43/12.

Les' Bücher: Wissen & Macht
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Lindenstraße 2.

Tapeten 25, 30, 35 Pfg. Ricsenauswahl.
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Arilleriestraße 36a, Ecke Elsässer Straße
Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

„Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

- Bauvermittlung:** Berlin, Lindenstraße 3, Laden, 25a, Hof 293-297.
- Bezirk:** Adorf, 174, am Roppenpfad, Nord, 121 33.
- Belien:** Eitelstr. 37, Ecke Wagelburger Straße.
- Berlin:** Wilmersdorf, 47, a. d. Oranienallee, Ostendstraße 612.
- Berlin:** Wilmersdorf, 11, Hof rechts pasterte.
- Berlin:** Wilmersdorf, 36, Wex 9735.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4093.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4094.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4095.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4096.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4097.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4098.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4099.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4100.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4101.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4102.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4103.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4104.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4105.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4106.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4107.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4108.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4109.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4110.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4111.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4112.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4113.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4114.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4115.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4116.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4117.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4118.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4119.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4120.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4121.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4122.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4123.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4124.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4125.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4126.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4127.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4128.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4129.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4130.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4131.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4132.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4133.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4134.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4135.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4136.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4137.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4138.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4139.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4140.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4141.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4142.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4143.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4144.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4145.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4146.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4147.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4148.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4149.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4150.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4151.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4152.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4153.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4154.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4155.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4156.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4157.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4158.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4159.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4160.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4161.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4162.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4163.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4164.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4165.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4166.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4167.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4168.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4169.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4170.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4171.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4172.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4173.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4174.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4175.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4176.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4177.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4178.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4179.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4180.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4181.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4182.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4183.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4184.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4185.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4186.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4187.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4188.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4189.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4190.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4191.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4192.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4193.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4194.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4195.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4196.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4197.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4198.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4199.
- Berlin:** Wilmersdorf, 34, Ecke Wilmersdorfer Str. 48, Danlo 4200.

Die mit einem * versehenen Ausgabestellen sind nachmittags von 2-6 Uhr unter der angegebenen Nummer telefonisch zu erreichen.